KREIS WARENDORF
Der Landrat

Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am Dienstag, dem 13.10.2026, im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)

Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:12 Uhr

			Seite
	I. Öffentlicher Teil		
1.	Bericht der Verwaltung		**4**
2.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		**6**
3.	Bericht zur Wärmeerzeugung in größeren Immobilien des Kreises 2026	**144/2026**	**7**
4.	Entwicklung eines neuen Standorts für das Feuerwehrausbildungszentrum	**137/2026**	**11**
5.	Anfragen von Ausschussmitgliedern		**14**
	II. Nichtöffentlicher Teil		
1.	Entwicklung eines neuen Standorts für das Feuerwehrausbildungszentrum - Vertragsangelegenheiten	**138/2026/1**	**15**

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Altewische, Ulrich
Austrup, Norbert
Berkhoff, Henrich
Beumker, Markus
Borgschulte, Christian
Geppert, Jens
Große Vogelsang, Anja
Grunewald-Poch, Kirsten Ursula
Hagemann, Christian
Hütig, Frank
Kühnel, Andreas
Lindstedt, Alexandra
Lorenz, Thomas
Luster-Haggeney, Rudolf
Lütke-Verspohl, Timo
Pomberg, Ralf
Rosenbaum, Ulf
Tentrup-Beckstedde, Christoph
Thiel, Joachim
Werdan, Sascha
von der Verwaltung
Borgstedt, Hendrik
Doerr, Julia
Funke, Stefan, Dr.
Hillebrand, Patrik
Ortkraß, Alexander
Ottmann, Michael

Die Sitzung wird um 09:00 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende, Herr Luster-Haggeney (CDU), begrüßt Verwaltung, Ausschussmitglieder, Presse und Bürger. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß am 02.10.2026 eingeladen wurde, alle anwesenden Mitglieder versammelt sind und damit Beschlussfähigkeit besteht.

Zu Beginn weist er darauf hin, dass zur Protokollerstellung aufgezeichnet wird und erläutert, dass die Geschäftsordnung des Kreistages angepasst wurde. Einwendungen gegen die Aufzeichnung gibt es nicht. Es wird klargestellt, dass die Aufzeichnungen ausschließlich der Protokollierung dienen.

Vor der Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Herrn Pomberg (SPD), der den vorgelegten Text verliest und seine Pflichten samt Treueeid ableistet.

I. Öffentlicher Teil

1. Bericht der Verwaltung

Der Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt, Herr Ottmann, berichtet, dass der Kreis das digitale Baugenehmigungsverfahren eingeführt hat. Nach einer Erprobungsphase läuft es seit Juni regulär. Bislang wurden 170 digitale Bauanträge über das Bauportal eingereicht, davon 48 in der Testphase und 122 seit dem Go-live. Zudem wurden 42 digitale Baugenehmigungen erteilt. Im dritten Quartal lag der Anteil digital eingereichter Anträge bei rund 43 Prozent; die Tendenz ist steigend, weil immer mehr Architekten und Entwurfsverfasser das Verfahren nutzen. Die neue Bauordnung sieht digitales Einreichen ebenfalls vor. Papier und digitale Anträge werden derzeit noch hybrid bearbeitet, doch die Verwaltung weist bereits jetzt schon darauf hin, dass Anträge nach Möglichkeit nur digital gestellt werden sollten. Perspektivisch soll nämlich nur noch digitale Bauanträge angenommen werden. Eine öffentliche Information hierzu werde rechtzeitig erfolgen. Zur Laufzeit der Verfahren werde die Verwaltung im nächsten Ausschuss im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen berichten.

In einer Nachfrage von Herrn Hagemann (B‘90/Die Grünen) wurde um Klarstellung gebeten, ob sich die 43 Prozent auf Genehmigungen beziehen. Herr Ottmann stellte klar, dass sich die Quote auf digital gestellte Bauanträge bezieht. Der Fragesteller gab an, das missverstanden zu haben, und bedankte sich für die Klarstellung.

Zu größeren Bauvorhaben erläuterte Herr Borgstedt den Stand des aktuell größten Projektes, dem Neubau der Multifunktionshalle, als ersten Bauabschnitt des Bevölkerungsschutzzentrums. Der Bauantrag sei noch vor den Sommerferien fertiggestellt und bei der Stadt Warendorf eingereicht worden; das Verfahren laufe seit etwa drei Monaten unauffällig. Einzelne Rückfragen zeigten, dass das Beteiligungsverfahren laufe. Neu sei, dass die Bezirksregierung, zuständig für den Immissionsschutz, ein Lärmgutachten verlange, das nach der Vorprüfung nicht erwartet worden wäre. Aktuell werde die Gutachterleistung ausgeschrieben. Wegen Zeitdrucks bemühe sich die Verwaltung um eine zügige Erstellung und nutze die Zwischenzeit, um die Ausführungsplanung voranzutreiben und Ausschreibungen vorzubereiten. Ziel sei ein Baubeginn im Sommer 2027, abhängig vom weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens.

Zum Vorhaben in Ennigerloh berichtete Herr Borgstedt, dass die Klagen gegen den Bebauungsplan und die Baugenehmigung zwischenzeitlich zurückgezogen worden seien, nachdem die Stadt Ennigerloh eine Einigung mit dem Kläger erzielt habe. Das Projekt könne nun wieder vorangetrieben werden. Ein erstes Ausschreibungspaket über ca. 5.000.000 Euro sei bereits auf den Weg gebracht worden, sodass das Projekt nun fortgeführt werden könne.

Zum Neubau der Rettungswache und der Feuerwache in Kooperation mit der Stadt Sendenhorst wurde mitgeteilt, dass eine EU-weite Ausschreibung der Objektplanung durchgeführt und abgeschlossen worden sei. Nach Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes habe das Ergebnis auf die EU-Plattform eingestellt werden müssen, woraufhin eine zehn Tage geltende Wartefrist begonnen habe. Am neunten Tag habe der Zweitplatzierte eine Rüge eingelegt, woraufhin die Vergabekammer eingeschaltet worden sei. Da das Verfahren dadurch auf eine formale juristische Ebene gehoben wurde, die voraussichtlich einen mehrmonatigen Zeitverlust verursache, habe die Verwaltung entschieden, der Rüge abzuhelfen und das dreistufige Verfahren mit der Stadt um eine Stufe zurückzusetzen und diese Stufe zu wiederholen. Dies sei von der Vergabekammer und den Rügenden akzeptiert worden, sodass die betreffende Verfahrensstufe demnächst erneut durchgeführt werde.

Das Neubauprojekt OGS-Gebäude in Beckum laufe weiterhin sehr zufriedenstellend, wie von Beginn an. Die Vergabeverfahren seien alle gut gelaufen, sodass die geplante Fertigstellung bis Ende 2026 sehr wahrscheinlich sei. Zudem zeige die Kostenverfolgung, dass das Projekt weiterhin unter dem Budget liege.

Zum Förderprogramm „Sportmilliarde“ wurde ergänzt, dass ein Antrag für die Sanierung der Sporthalle der Astrid-Lindgren-Schule in Beckum nicht gefördert worden sei, weil das Programm stark überzeichnet gewesen sei. Das Vorhaben müsse daher im Rahmen der Bauunterhaltung anders finanziert werden.

Herr Lütke-Verspohl (SPD) fragte, ob die Problematik der Finanzierung der Rettungsfahrten zeitlich auf die Projekte wirke. KD Dr. Funke bestätigte, dass dies eine Rolle spiele: Es geht um die Abrechnung der Rettungsdienstgebühren mit Krankenkassen und um ein Moratorium, das neue Investitionen zurückhaltend beurteilt. Für den Standort Ennigerloh liege nahezu abschließend grünes Licht der Krankenkassen vor, da dort die Planung weit fortgeschritten und die Leistungsphase 6 erreicht sei. In Sendenhorst befinde man sich noch in einer frühen Phase, sodass Verhandlungen mit den Krankenkassen erforderlich seien; ein Erlass des Landes regele nun dieses Vorgehen. Die Verwaltung setze sich weiter nachdrücklich für den Bau ein, entsprechend Beschlüssen des Kreisausschusses und einer vertagten Vorlage für den Kreistag.

Abschließend stellte Herr Luster-Haggeney (CDU) fest, dass keine weiteren Nachfragen vorlägen.

2.	**Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**	

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein/e Einwohnerin oder Einwohner anwesend ist/sind.

3.	**Bericht zur Wärmeerzeugung in größeren Immobilien des Kreises 2026**	**144/2026**

Zum Tagesordnungspunkt Wärmeplanung in den kreiseigenen Liegenschaften wird der aktuelle Stand der Heizungsanlagen erbeten. Es soll geklärt werden, wie die Gebäude derzeit beheizt werden, welche Standorte bereits nachhaltig geheizt werden, wo dies noch nicht der Fall ist und wann Veränderungen erforderlich sind. Ein Bericht liegt vor und wird durch Herrn Ortkraß vorgestellt.

Der Bericht ergänze den Energiebericht und sei auf Anfrage des Ausschusses mit Fokus auf gasbasierte Wärmeerzeuger entstanden. Zunächst seien die größten Energieverbraucher beziehungsweise die zwölf bedeutendsten Liegenschaften betrachtet worden.

Das Kreishaus mit nahezu 26.000 m² sei ein komplexer Standort. Primärer Wärmeerzeuger sei das Blockheizkraftwerk, das in der Regelstrategie vorrangig laufe. Ergänzend stünden ein Gas-Brennwertkessel, eine Gaswärmepumpe und ein Ölkessel bereit. Der Ölkessel diene nur als Notfalllösung, falls Blockheizkraftwerk und Gas-Brennwertkessel ausfielen, da die Gaswärmepumpe das Gebäude nicht allein versorgen könne. Aktuell entfielen rund 99 % des Verbrauchs auf Gas und etwa 1 % auf Öl. Die Wärmeerzeugung teile sich etwa auf 55 % durch das Blockheizkraftwerk, 39 % durch den Gas-Brennwertkessel und 6 % durch die Gaswärmepumpe. Mit dem geplanten Fernwärmeanschluss an die EmsWärme solle der Gas-Brennwertkessel ersetzt werden, wodurch der Gasverbrauch um nahezu 40 % gesenkt werden könnte. Zu prüfen bleibe, inwieweit ein Umstieg bei Blockheizkraftwerk und Gaswärmepumpe möglich sei, da das Ziel CO_2-Neutralität sei. Bei der Gaswärmepumpe seien Wirtschaftlichkeit und technische Funktion zu beachten, weil sie über einen Erdkollektor zugleich die Leitstelle kühle. Ein Austausch verlange vertiefte technische, wirtschaftliche und betriebliche Prüfungen. Gleiches gelte für das Blockheizkraftwerk (BHKW), das zusätzlich Strom erzeugt, der vollständig vor Ort genutzt werde. Das BHKW erzeugt etwa 114 kW thermische Leistung und 71 kW elektrische Leistung. Die momentane elektrische Last des Kreishauses liegt nachts bei etwa 80 bis 100 kW. Dadurch bestehe grundsätzlich ein hohes Potenzial zur Eigennutzung des vom BHKW erzeugten Stroms.

Zur rechtlichen Lage bei Stromerzeugung und Einspeisung gab es von Frau Grunewald-Poch (B‘90/Die Grünen) eine Nachfrage. Hinsichtlich des Ölkessels wurde gefragt, wie lange Heizöl gelagert werden könne, da es mit der Zeit unbrauchbar werde. Es wurde durch Herrn Ortkraß bestätigt, dass Öl altern könne. Am Kreishaus werde eine Netzersatzanlage mit Ölantrieb mindestens einmal monatlich getestet, wodurch das Öl regelmäßig verbraucht und ausgetauscht werde. Ergänzend könnten dem Heizöl Zusätze zur Verbesserung der Lagerfähigkeit beigemischt werden. Ob solche Additive im Kreishaus tatsächlich eingesetzt würden, sei zu dem Zeitpunkt nicht bekannt. Insgesamt erfolge durch regelmäßige Testläufe ein kontinuierlicher Verbrauch.

Zur Stromerzeugung des Blockheizkraftwerks wurde von Herrn Hagemann (B‘90/Die Grünen) gefragt, ob diese systemrelevant sei. Herr Ortkraß erläutert, dass der Be-

trieb des BHKW den Strombezug aus dem öffentlichen Netz reduziert und zur Verringerung von Lastspitzen beitrage. Da hohe Lastspitzen die Strombezugskosten beeinflussen würden, trage der BHKW-Betrieb zur Begrenzung der Kosten bei.

Herr Ortkraß berichtet anschließend über weitere Standorte. Die Astrid-Lindgren-Schule in Warendorf mit etwa 8.000 m² werde primär über einen Pelletkessel beheizt, unterstützt durch Gas-Brennwertkessel und Solarthermie. Etwa 50 % der Wärme stammen regenerativ, 50 % aus Gas. Derzeit sei kein Fernwärmeanschluss vorgesehen; perspektivisch solle geprüft werden, ob ein Anschluss an die Emswärme möglich sei. Am Paul-Spiegel-Berufskolleg in Warendorf mit rund 19.300 m² beheizter Bruttogrundfläche erfolge die Wärmeversorgung überwiegend über einen Pelletkessel, ergänzt durch einen Gas-Brennwertkessel. Der gasbasierte Anteil an der Wärmeerzeugung betrage rund 41 %. Der Anschluss an das Fernwärmenetz von EmsWärme sei fest vorgesehen. Im Zuge des Anschlusses solle der zentrale Gas-Brennwertkessel ersetzt und der Gasverbrauch entsprechend reduziert werden. Der separate Gaskessel zur Warmwasserbereitung in der Sporthalle bleibe zunächst bestehen. Für diesen sei gesondert zu prüfen, ob eine Versorgung über Fernwärme oder eine alternative Lösung möglich sei.

Der Schulische Lernort ESE in Warendorf sei 2025 errichtet worden und werde über eine Luft-Wasser-Wärmepumpe beheizt. Im Bericht seien keine Gasverbräuche ausgewiesen. Perspektivisch sollten die Effizienz der Wärmepumpe sowie die Betriebsweise und Regelungsstrategie der Anlage überprüft werden. Zudem sei zu untersuchen, inwieweit eine Photovoltaikanlage zur Eigenstromnutzung beitragen könne.

Am Standort des Berufskollegs an der Kettelerstraße in Beckum mit rund 8.000 m² würden rund 59 % regenerative Energieträger genutzt. Primär versorge ein Pelletkessel mehrere Bauteile, ergänzt durch Gas-Brennwertkesse aus den Jahren 2010 und 2013. Zur kommunalen Wärmeplanung in Beckum sei recherchiert worden, dass diese 2025 gestartet worden sei; der Kreis solle beobachten, ob ein geplanter Fernwärmeanschluss künftig möglich werde. Gleiches gelte für das Berufskolleg am Hansaring in Beckum.

Am Standort Hansaring mit etwa 22.000 m² erzeuge ein Hackschnitzelkessel primär regenerative Wärme; ergänzend ständen ein großer Gas-Brennwertkessel und Solarthermie zur Verfügung. An der Astrid-Lindgren-Schule in Beckum mit rund 2.400 m² sei primär ein Pelletkessel im Einsatz, der Gas-Brennwertkessel unterstütze nur im Bedarfsfall. Durch Optimierungen in der Gebäudeleittechnik, speziell in der Regelstrategie der Wärmeerzeuger, habe der Gasverbrauch deutlich gesenkt werden können. Der Gas-Brennwertkessel unterstütze den Pelletkessel lediglich bei sehr kalten Außentemperaturen.

Bei der Zulassungsstelle in Beckum mit etwa 140 m² sei ein Öl-Brennwertkessel der einzige Wärmeerzeuger, da die Zukunft dieses Standortes noch offen sei. Solange die Nutzung unklar sei, sei noch über keine alternative Wärmelösung entschieden worden. Am Standort des Jobcenters Beckum arbeitet eine Sole-Wasser-Wärmepumpe; hier seien langfristig Effektivität und Kühlfunktionen zu prüfen.

Das Berufskolleg Ahlen verfüge über eine beheizte Bruttogrundfläche von rund 14.000 m² und sei der zweite Standort des Kreises mit einem Blockheizkraftwerk (BHKW). Perspektivisch soll geprüft werden, wie effizient das BHKW arbeite und in welchem Umfang der erzeugte Strom vor Ort genutzt werde. Die Wärmeversorgung erfolge über einen Pelletkessel und ein BHKW, ergänzt durch einen Gas-Brennwertkessel und eine Solarthermieanlage. Durch einen Austausch des Gas-Brennwertkessels könnte der gasbasierte Anteil an der Wärmeerzeugung deutlich reduziert werden. Zudem sollten die langfristige Rolle des BHKW und mögliche Alternativen bewertet werden. Die kommunale Wärmeplanung der Stadt Ahlen habe im Mai 2026 begonnen.

Beim Jobcenter Ahlen werde die Wärme überwiegend durch einen Pelletkessel bereitgestellt. Der Gas-Brennwertkessel diene hauptsächlich zur Abdeckung von Spitzenlasten. Durch Optimierungen der Anlagenprogrammierung habe der regenerative Wärmeerzeuger vorrangig eingesetzt und der Gasverbrauch reduziert könnenn.

Das Museum Abtei Liesborn werde ausschließlich über einen Gas-Brennwertkessel beheizt. Bei einer zukünftigen Umstellung der Wärmeversorgung seien insbesondere die Anforderungen des Denkmalschutzes zu berücksichtigen, da bauliche Eingriffe nur eingeschränkt möglich seien. Der jährliche Gasverbrauch liege bei rund 370.000 kWh. Für die Entwicklung einer geeigneten regenerativen Wärmeversorgung seien daher standortspezifische Lösungen unter Berücksichtigung der baulichen Rahmenbedingungen zu prüfen.

Im Zusammenhang mit der kommunalen Wärmeplanung der Gemeinde Wadersloh wurde auf den Beschluss vom 8. Juni 2025 hingewiesen. Die Wärmeplanung weise Gebiete möglicher zukünftiger Wärmeversorgungsarten zu. Auch für die Gemeinde Wadersloh sei ein Wärmekonzept erarbeitet worden. Für die Umsetzung möglicher Wärmenetzlösungen stelle sich jedoch die Frage nach einem geeigneten Investor. Die Entwicklung eigenständiger Insellösungen werde als schwierig eingeschätzt. Zudem verfüge die Gemeinde Wadersloh nicht über eigene Stadtwerke, die eine solche Umsetzung selbst übernehmen könnten.

Herr Hütig (AfD) fragt nach einem Plan B zur Emswärme, falls die Wärmegewinnung aus der Ems nicht wie vorgesehen funktioniere. Herr Borgstedt stellt klar, dass Auswertungen vorlägen, bei welchen Temperaturen die Ems zufrieren könne. Die Stadtwerke hätten eine vertraglich geregelte Redundanz im Werk an der Ems vorgesehen, die einspringt, so dass die Versorgung des Kreishauses auch dann erwartet werde.

Seit der Gasmangellage 2022 habe der Kreis zusätzliche Vorsorge getroffen, ergänzt KD Dr. Funke. Für den Ölkessel bestünden Liefervereinbarungen mit Ölfirmen, da Heizöl nicht jahrelang gelagert werden könne. Im Bedarfsfall könne das Kreishaus in einer dritten Redundanzstufe mit Öl oder Diesel versorgt werden.

Eine Detailfrage von Herrn Beumker (FWG) zur Abtei Liesborn ergab, dass es dort einen gemeinsamen Kreislauf gebe und deshalb keine getrennte Erfassung von Alt- und Neubauverbrauch vorliege. Verbräuche wurden auf Flächen umgerechnet.

Bei der Astrid-Lindgren-Schule fiel Frau Lindstedt (SPD) trotz neuem Kessel 2022 ein Verbrauch von 74,5 kWh je Quadratmeter auf. Als wesentlicher Grund wurde durch Herrn Borgstedt die energetisch schlechte Sporthalle benannt, deren Sanierung noch erfolgen müsste und die den erhöhten Verbrauch am Standort präge.

Durch Herrn Austrup wurde angeregt, landwirtschaftliche Biogasanlagen in räumlicher Nähe zu kreiseigenen Gebäuden anzusprechen, besonders solche mit auslaufender EEG-Förderung. Diese Anregung wurde zur Kenntnis genommen. Hinweise zu technisch möglichen und wirtschaftlich tragfähigen Synergien sind im Ausschuss erwünscht, unter der Prämisse realistischer Lösungen.
Abschließend wurde durch Herrn Luster-Haggeney festgestellt, dass keine weiteren Fragen vorliegen.

KD Dr. Funke führt an, dass der vorgelegte Bericht den Energiebericht ergänze, da Verbräuche wesentlich vom baulichen Zustand abhingen. Es müsse vor Renovierungen nicht nur über Heizungen, sondern auch über energetische Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden nachgedacht werden, insbesondere bei Sporthallen und anderen Gebäuden. Die Anregung zur Erstellung des Berichts stamme aus der Aprilsitzung des Bauausschusses. Da die Sommersitzung ausgefallen sei, sei der Bericht bereits im Juni im Internet veröffentlicht worden. Beide Berichte seien auf der Homepage des Kreises im Bereich Klimaschutz abrufbar.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4.	**Entwicklung eines neuen Standorts für das Feuerwehrausbildungszentrum**	**137/2026**

Herr Luster-Haggeney (CDU) ruft den Tagesordnungspunkt zur Entwicklung eines neuen Standorts für das Feuerwehrausbildungszentrum auf und begrüßt die anwesenden Berichterstatter.

Daraufhin stellt sich Herr Hillebrandt, Kreisbrandmeister des Kreises Warendorf, vor und führt aus, der Kreis Warendorf sei nach den gesetzlichen Vorgaben für die weitergehende Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen der kreisangehörigen Städte und Kommunen zuständig. Hierzu gehörten Lehrgänge unter anderem für Atemschutzgeräteträger, Sprechfunker, Maschinisten, technische Hilfeleistung sowie für den ABC-Einsatz. Ergänzend würden weitere Themen wie Hochwasserschutz, Absturzsicherung sowie aktuelle Einsatzschwerpunkte behandelt. Er hebt hervor, dass der Kreisfeuerwehrverband diese Aufgabe für den Kreis Warendorf vollständig ehrenamtlich wahrnehme. Der Kreisfeuerwehrverband im Kreis Warendorf gehöre mit 2.855 Mitgliedern zu den größeren Kreisfeuerwehrverbänden; aus diesem Mitgliederbestand würden rund 70 ehrenamtliche Ausbilder für die Kreisfeuerwehrausbildung gewonnen. Diese ermöglichten jährlich etwa 650 Lehrgangs- und Seminarteilnahmen. Darüber hinaus würden 400 Rekruten der Bundeswehr in den Themen Brandschutz und Rettung ausgebildet, weil die Bundeswehr hierfür nicht mehr über ausreichend eigene Fachkräfte verfüge. Zur bisherigen Standortentwicklung erläutert er, die Ausbildung habe früher in der Ausbildungsstätte Ahlen-Brockhausen stattgefunden; das Gebäude sei jedoch abgängig gewesen. Danach sei man übergangsweise in einer Gewerbeimmobilie in Beckum untergekommen, die aktuell noch genutzt werde. Da sich dort jedoch eine Folgenutzung durch den Eigentümer abzeichne, könne der Standort nicht dauerhaft erhalten bleiben. Deshalb habe man nach einer Alternative gesucht und in Freckenhorst ein geeignetes Gebäude gefunden.

Herr Borgstedt ergänzt, er habe sich den bisherigen Standort in Beckum gemeinsam mit Herrn Hillebrand angesehen und festgestellt, dass die dortigen Rahmenbedingungen durch den Vermieter zunehmend eingeschränkt würden, sodass Handlungsbedarf bestehe und zügig gehandelt werden müsse. Im Vorfeld sei gemeinsam erarbeitet worden, welche Anforderungen ein künftiger Standardstandort erfüllen müsse. Erforderlich sei insbesondere eine Übungshalle, die stützenfrei, beheizbar, hoch und belüftet sein müsse und weitere funktionale Anforderungen zu erfüllen habe. Diese Bedarfe seien sowohl an die Feuerwehren herangetragen worden als auch über die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister abgefragt worden, ob vor Ort geeignete Standorte bekannt seien; auch in der Bürgermeisterdienstbesprechung durch Frau Schreier sei das Thema angesprochen worden. Das Ergebnis sei negativ gewesen. Bereits im Zusammenhang mit dem zuvor vorgelegten Masterplan mit drei Bausteinen habe es die Überlegung gegeben, das Projekt einer Multifunktionshalle beziehungsweise Fahrzeughalle um einen möglichen Standort für die Feuerwehrausbildung zu ergänzen. Dies sei am Standort am Kreishaus jedoch baurechtlich nicht realisierbar gewesen. In der Folge habe man sich gemeinsam mit Herrn Hillebrand aufgrund der guten Erfahrungen bei der Anmietung des Hochregallagers mit einer Fläche an der Schlosserstraße in Freckenhorst befasst. Der Eigentümer Herr Niehoff sei in der Zusammenarbeit sehr kooperativ gewesen. Er sei feuerwehraffin, was auch mit seiner Tätigkeit als Möbelhersteller zusammenhänge, da dort Holz und Kunststoffe

gelagert würden und ihm die Bedeutung des Brandschutzes bekannt sei. Aufgrund der guten Erfahrungen mit dem bereits angemieteten Hochregallager habe man auch die benachbarte Halle in den Blick genommen. Herr Niehoff habe signalisiert, diese Halle bei Interesse freizumachen, und sei dem Kreis dabei entgegengekommen. Man habe sich deshalb auf diesen Standort konzentriert und mehrere Abstimmungsgespräche geführt. Ergebnis sei, dass die rechts neben dem Hochregallager vorhandene Halle genutzt werden könne. Auf Wunsch des Kreises nach einer zusätzlichen Zufahrt habe Herr Niehoff auch einen kleinen angrenzenden Teil zur Anmietung in Aussicht gestellt und damit seine eigenen Flächen reduziert. Die Halle biete den Vorteil, dass sie hoch, breit und stützenfrei sei. Zudem verfüge sie über ein Rolltor, sodass auch Großfahrzeuge in die Halle einfahren könnten. Daneben bestünden weitere logistische Möglichkeiten, insbesondere durch die benachbarten Flächen und die Anbindung an das Hochregallager. Weiter führt er aus, Herr Niehoff habe unabhängig von den weiteren Planungen bereits Investitionen vorgenommen. Er habe dem Hallengebäude eine neue und bessere Fassade gegeben, Dächer repariert und weitere Vorleistungen erbracht. Im Umfeld stünden zudem ausreichend Flächen für Außenbereiche zur Verfügung. Als dritter Baustein neben Hochregallager und Übungshalle sei ein Seminargebäude vorgesehen. Die Idee bestehe darin, auf einem noch freien Grundstück, das ebenfalls im Eigentum von Herrn Niehoff stehe, durch ihn als Investor ein Seminargebäude entwickeln zu lassen. Hierfür habe Herr Niehoff bereits einen Vorentwurf erarbeiten lassen. Nach einem zweiten Planungsstand und einer Optimierung der Quadratmeter werde dieser Entwurf aus fachlicher Sicht als geeignet angesehen und könne so akzeptiert werden. Insgesamt wird daher vorgeschlagen, sich auf den Standort an der Schlosserstraße in Freckenhorst zu konzentrieren und dort die erforderlichen Verträge mit Herrn Niehoff vorzubereiten.

Im Anschluss dankt Herr Luster-Haggeney (CDU) für die Ausführungen und weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt ebenfalls noch im nicht-öffentlichen Teil behandelt werde. Er bittet darum, in der Diskussion keine Vertragsangelegenheiten zu erörtern. Es liege ein Antrag der FWG vor, der im weiteren Verfahren behandelt werde. Die Zuständigkeit des Gremiums liege hier in der Beratung; Gegenstand der aktuellen Erörterung solle daher das Objekt als solches sein.

Herr Beumker (FWG) fragt im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Borgstedt nach den bereits angesprochenen baurechtlichen Schwierigkeiten am Standort des Kreishauses und bittet um eine kurze Erläuterung, ob es sich dabei insbesondere um Fragen des Lärmschutzes oder um andere Aspekte handele. Er weist darauf hin, dass der Gedanke aus seiner Sicht naheliegend gewesen sei und auch im Antrag aufgegriffen worden sei.

Daraufhin erläutert Herr Borgstedt, dass der maßgebliche Punkt der Immissionsschutz sei. Die Ausbildungsstätte solle möglichst umfassend genutzt werden können; auch andere Einheiten, beispielsweise das THW, sollten dort Möglichkeiten zur Nutzung erhalten. Da Ausbildung nicht nur tagsüber, sondern auch in den Abendstunden sowie an Samstagen stattfinden könne, wären bei einer Lage in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauung erhebliche immissionsschutzrechtliche Probleme zu erwarten gewesen. Dies sei geprüft worden. In einer solchen Konstellation hätte der Immissionsschutz die Nutzung derart eingeschränkt, dass das Vorhaben an diesem Standort nicht sinnvoll gewesen wäre.

Herr Beumker (FWG) fragt ergänzend nach, ob am nun vorgeschlagenen Standort in Freckenhorst die auf einer Seite angrenzende Wohnbebauung bereits berücksichtigt worden sei. Er habe sich den Bereich am Morgen selbst angesehen und gebe zu bedenken, dass auch am Rand des Gewerbegebietes Wohnbebauung vorhanden sei und dies gegebenenfalls zu Problemen führen könne.

Hierzu merkt Herr Borgstedt an, dass es zunächst von Vorteil sei, dass es sich um ein Gewerbegebiet handele. Zudem sei durch die gewerbliche Nutzung des Areals durch die Firma Niehoff beziehungsweise den bisherigen Betrieb bereits eine deutlich stärkere Vorbelastung vorhanden, als sie durch den künftigen Ausbildungsbetrieb zu erwarten sei. Zur zusätzlichen Absicherung habe man die Situation im Hause durch das Bauamt und dort insbesondere im Bereich Immissionsschutz prüfen lassen. Unter Berücksichtigung der konkret beschriebenen Rahmenbedingungen hätten die zuständigen Kolleginnen und Kollegen ein positives Signal gegeben. Im Zuge einer möglichen Nutzungsänderung wird der Immissionsschutz durch die zuständige Stelle nochmals bestätigt.

Im Anschluss dankt Herr Pomberg (SPD) dafür, dass sich Verwaltung und Feuerwehr angesichts des Wegfalls der Immobilie in Beckum frühzeitig auf die Suche nach einer Alternative gemacht hätten. Aus den Schilderungen zum jetzigen Zustand des bisherigen Gebäudes wird deutlich, dass dort nur eingeschränkte und beengte Verhältnisse bestünden. Vor diesem Hintergrund sei es besonders zu begrüßen, dass eine bereits vorhandene Immobilie gefunden worden sei, die einer neuen Nutzung zugeführt werden könne. Dies entspreche dem Erfordernis, vorhandene Gebäude sinnvoll umzunutzen, anstatt ausschließlich über Neubauten nachzudenken. Wenn darüber hinaus ein Eigentümer vorhanden sei, der bereit sei, dem Kreis in vielen Punkten entgegenzukommen, sei dies ebenfalls positiv; dass hierfür letztlich Miete zu zahlen sei, sei selbstverständlich und werde in den Vertragsverhandlungen sachgerecht zu regeln sein. Er verweist darauf, dass die Frage einer Übungshalle im Zusammenhang mit dem früher vorgestellten Multifunktionsprojekt bereits thematisiert worden sei und die nun genannten Gründe damals schon gegen eine Realisierung am dortigen Standort gesprochen hätten. Sein Dank gelte daher der Verwaltung, den Feuerwehren und allen Beteiligten, dass in relativ kurzer Zeit eine Lösung gefunden worden sei, die den Einsatzkräften eine moderne, zweckmäßige und nicht überzogene Ausbildungsinfrastruktur zur Verfügung stellen könne.

Herr Luster-Haggeney (CDU) stellt fest, dass die Nutzung eines bereits vorhandenen Gebäudes auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sinnvoll sei. Wenn ein Gebäude bereits vorhanden sei und zu etwa 80 Prozent den Anforderungen entspreche, bedeute dies Ressourcenschutz und beschleunige die Bereitstellung der Einrichtung deutlich. Da die Feuerwehr derzeit keine ausreichende Möglichkeit zum Üben habe, sei es Aufgabe des Kreises, für geeignete Rahmenbedingungen zu sorgen, damit wieder qualifiziert ausgebildete Kräfte zur Verfügung stünden. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Im Anschluss dankt er für die Vorstellung und kündigt an, dass der Tagesordnungspunkt im nicht-öffentlichen Teil erneut aufgegriffen werde.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5.	**Anfragen von Ausschussmitgliedern**	

Herr Luster-Haggeney (CDU) stellt fest, dass Anfragen von Ausschussmitgliedern nicht vorlägen, sodass zu diesem Tagesordnungspunkt keine Ausführungen zu machen seien.

Er erklärt, damit sei der öffentliche Teil der Sitzung beendet.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 10:12 Uhr die Sitzung des Bauausschusses.

Rudolf Luster-Haggeney
Vorsitz

Michael Ottmann
Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt